

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Anton Baron AfD**

### **Stellenabbau, Produktionsverlagerungen und Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie (inklusive Zulieferer) in Baden-Württemberg**

Ich frage die Landesregierung:

1. Für wie viele Arbeitsplätze in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie Baden-Württembergs bzw. im vollständigen Automobilcluster wurde seit dem 1. Januar 2023 nach Kenntnis der Landesregierung ein Abbau von Arbeitsplätzen durchgeführt (pro Jahr), geplant und/oder angekündigt?
2. Welchen (weiteren) Stellenabbau in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie bzw. im vollständigen Automobilcluster Baden-Württembergs prognostiziert die Landesregierung bis 2030, 2035 bzw. 2040 nach aktuellem Stand (ggf. Aktualisierung der Zahlen aus der 2023 publizierte Strukturstudie)?
3. Welche Stilllegungen und diesbezüglichen Ankündigungen sind bei Werken, Betriebsteilen oder Produktionsbereichen der baden-württembergischen Automobil- und Automobilzulieferindustrie in Baden-Württemberg seit 2023 pro Jahr zu verzeichnen?
4. Welche Fälle der Verlagerung von Produktion, Wertschöpfung, Arbeitsplätzen oder Investitionen aus den zwei genannten Branchen ins Ausland sowie entsprechende Ankündigungen sind der Landesregierung seit 2023 bekannt?
5. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Standorte der genannten Branchen im internationalen Vergleich?
6. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den (jährlichen) Belastungen für die Unternehmen der genannten Branchen in Baden-Württemberg durch die Strom- und Energiepreise, auch relativ im internationalen Vergleich mit den vier quantitativ vor Deutschland positionierten Automobilproduktionsländern China, USA, Japan und Indien sowie mit den nächststärkeren EU-Produktionsstandorten Spanien, Frankreich und Tschechien?
7. Wie viele Insolvenzen und Insolvenzanträge gab es seit dem 1. Januar 2023 pro Jahr bei Automobilzulieferern in Baden-Württemberg?
8. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung durch Stellenabbau, Investitionsverlagerungen und Werksschließungen beider Branchen bzw. des vollständigen Automobilclusters auf die Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen der Kommunen sowie auf den Landeshaushalt bis 2030?
9. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung seit 2023 ergriffen oder geplant, um die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Automobil- und Automobilzulieferindustrie zu stärken?

10. Welche konkreten Landes-, Bundes- und EU-Vorgaben sieht die Landesregierung als wesentliche Ursachen für den Stellenabbau und die Investitions- bzw. Standortverlagerungen der genannten Branchen bzw. des vollständigen Automobilclusters an (bitte einzeln benennen und deren jeweilige Bedeutung erläutern)?

11.5.2026

Baron AfD

### Begründung

Die Automobilindustrie und die Automobilzulieferbranche sicherten 2023 direkt und indirekt („vollständiges Automobilcluster“) etwa 480 000 Arbeitsplätze in Baden-Württemberg (Strukturstudie BW 2023, Seite 111, herausgegeben von der landeseigenen e-mobil BW GmbH). Seit Ende 2023 mehren sich jedoch Meldungen über Stellenabbau, Werksschließungen und Verlagerungen von Produktion und Investitionen ins Ausland.

Beispielsweise hat die Robert Bosch GmbH seit Ende 2023 alleine für ihre Zuliefersparte in Deutschland den Abbau von rund 22 000 Stellen in den nächsten Jahren angekündigt (WirtschaftsWoche online, 12. März 2026) – ein großer Teil der Sparte befindet sich an baden-württembergischen Standorten. Auch die ZF Friedrichshafen AG plant bis Ende 2028 deutschlandweit bis zu 14 000 Stellenstreichungen (ZF-Pressemitteilung, 26. Juli 2024). Hinzu kommen weitere Fälle, etwa die Porsche AG mit 1 900 Stellen sowie Insolvenzen wie jene der Allgaier-Goup.

Zumal die Strukturstudie BW 2023 einen Verlust von bis zu 66 000 Arbeitsplätzen im Automobilcluster bis 2030 und einen möglichen Rückgang um 154 500 Stellen bis 2040 prognostiziert hatte, ist nun festzustellen, ob sich diese Prognose ggf. verändert hat.

Auch generell stellt sich die Frage nach dem Kenntnisstand der Landesregierung zu bereits erfolgtem oder geplantem Stellenabbau (ggf. verbunden mit Werksschließungen) sowie zu Investitions- und Standortverlagerungen ins Ausland. In diesem Kontext sollen zudem die Energiepreise als Standortfaktor thematisiert werden.